Grundsätze des Erkenntnisverfahrens rechtliches Gehör

Recht für einen Verfahrensbeteiligten,

- sich über den Verfahrensstoff zu informieren
- sich im Verfahren vor dem Erlass einer Entscheidung mindestens schriftlich in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht hinreichend äußern zu können und
- mit seinem Vorbringen bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt zu werden

Grundsätze des Erkenntnisverfahrens Dispositionsgrundsatz

Prinzip der Verfahrensgestaltung



Gericht ist an die Anträge, Klageund Rechtsmittelrücknahme oder Verzicht, Anerkenntnis, Vergleich und Erledigungserklärung durch die Parteien gebunden

Grundsätze

Grundsatz der Öffentlichkeit

Verhandlungen und Verkündungen sind öffentlich





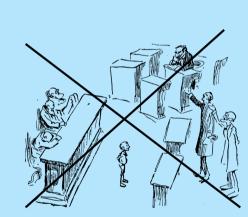
Ton- und Filmaufnahmen sind unzulässig

Verstoß gegen die Öffentlichkeit = Revisiongrund

Parteien verhandeln vor dem erkennenden Gericht mündlich

Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung:

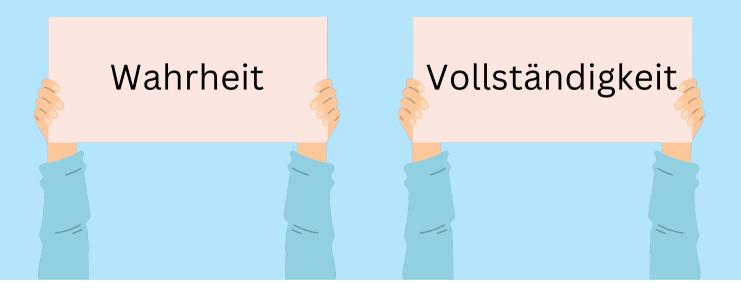
- Mahnverfahren
- mit Zustimmung beider Parteien
- wenn nur noch über die Kosten oder Nebenentscheidung zu entscheiden ist
- wenn es sich um eine gerichtliche Entscheidung
- handelt, aber kein Urteil ist



Grundsätze des Erkenntnisverfahrens Wah

Wahrheitsgrundsatz

Parteien haben vor Gericht ihre Erklärungen über tatsächliche Umstände vollständig und der Wahrheit entsprechend abzugeben



Grundsätze

Grundsatz der freien Beweiswürdigung

Gericht hat unter Berücksichtigung des gesamten Inhalts der Verhandlungen und des Ergebnisses einer etwaigen Beweisaufnahme nach freier Überzeugung zu entscheiden, ob eine tatsächliche Behauptung für wahr / nicht wahr zu erachten ist

im Urteil sind die Gründe anzugeben, die für die richterliche Überzeugung leitend gewesen sind

Beschleunigungsgrundsatz



Rechtsstreit soll i. d. R. in einem umfassend vorbereiteten Termin erledigt werden (§ 272 I ZPO)

schuldhaft verspätet vorgebrachte Angriffs- oder Verteidigungsmittel im Prozess können von Amts wegen zurückgewiesen werden (§ 296 ZPO)

Grundsätze des Erkenntnisverfahrens Grundsatz der Unmittelbarkeit



mündliche Verhandlungen und die Beweisaufnahmen müssen vor dem Gericht stattfinden, das den Rechtsstreit entscheidet

das Urteil kann nur von denjenigen Richtern gefällt werden, die der Verhandlung auch tatsächlich beigewohnt haben

